



Niederschrift

11. Plenarsitzung des Gemeinderates

30. Juni 2020, 15:30 Uhr

öffentlich

Gartenhalle, Kongresszentrum

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

7.

Punkt 5 der Tagesordnung: Antrag auf Einrichtung der gymnasialen Oberstufe an der Drais-Gemeinschaftsschule

Vorlage: 2020/0578

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Schulbeirat, auf Grundlage der durchgeführten regionalen Schulentwicklung die Einrichtung einer dreizügigen gymnasialen Oberstufe an der Drais-GMS zum Schuljahr 2021/22 zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Mit 33 Ja-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf und verweist auf die Vorberatung im Schulbeirat.

Bürgermeister Lenz: Im März 2018 sind wir gestartet, wie so oft üblich, aber das macht nicht nur mein Dezernat, lieber Kollege Dr. Käuflein, sondern Beteiligung ist ein Markenzeichen unserer Stadtpolitik insgesamt. Im März 2018 haben wir ein Elternforum stattfinden lassen. Die Frage, die wir damals erörtert haben, hieß: Die Gemeinschaftsschule auf dem Weg zur Oberstufe? Genau diese Frage, verehrte Damen und Herren, können Sie heute mit ja beantworten, wenn Sie der Beschlussvorlage der Verwaltung folgen, einen Antrag in Stuttgart beim Kultusministerium zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule mit Oberstufe zu stellen.

Ich sage Ihnen noch einmal die vier Argumente, die Gründe. Wir haben es im Schulbeirat nicht nur einmal diskutiert. Aber mit der heutigen Vorlage haben Sie auch die belastbaren Daten.

1. Die vier – das halte ich für sehr wichtig – Gemeinschaftsschulen wünschen sich alle diese Einführung, und zwar nicht nur die Rektorinnen und Rektoren, sondern die jeweiligen Schulgemeinschaften.

2. Ausgangslage war unser Elternforum, also die Schülerinnen und Schüler. Die Eltern möchten es.
3. Wir konnten – Sie haben es mitbekommen – die baulichen Voraussetzungen an der Drais-Gemeinschaftsschule schaffen.
4. Das Allerwichtigste, die objektive Bedarfsprüfung hat realistische Schülerzahlen abgebildet, so dass der Antragstellung heute nichts entgegensteht.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNE freuen uns sehr, dass dieser Antrag vorliegt, dass beim Land nun die Genehmigung für die gymnasiale Oberstufe an der Drais-Schule beantragt werden soll. Für mich persönlich ist es noch eine ganz besondere Freude, da ich mich früher in meiner Landtagszeit 15 Jahre lang auch für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen engagiert habe. Die letzten 5 Jahre sogar noch mit einem Tandempartner, nämlich mit Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, der damals der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion war.

Wenn wir heute diesen Beschluss fassen über die Einführung der Oberstufe an der Drais-Gemeinschaftsschule, dann ist das eine Frage von Recht, von Gerechtigkeit und von Vertrauen. Recht, weil die Möglichkeit im Schulgesetz verankert ist, wenn die Voraussetzungen bestehen, dass dann eine Kommune einen Antrag auf Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe stellen kann. Gerechtigkeit, weil die Schüler und Schülerinnen an der Gemeinschaftsschule einen Anspruch darauf haben, dass sie an der Schule, an der sie gelernt und ein gymnasiales Niveau erlangt haben, am Ende auch das Abitur erwerben können. Und es ist eine Frage des Vertrauens, wenn die Eltern bei der Einschulung ihrer Kinder davon ausgehen können, wenn ihre Kinder auf gymnasialem Niveau gelernt haben, dass sie dann auch später die Möglichkeit haben werden, an einer Gemeinschaftsschule das Abitur zu machen. Klar ist natürlich, nicht unbedingt an ihrer eigenen Gemeinschaftsschule, aber an einer Gemeinschaftsschule in zumutbarer Entfernung.

Das ist nun hier in Karlsruhe der Fall. Wir haben die Situation, dass wir nicht nur vier Gemeinschaftsschulen haben, sondern zwei sind auch noch in der regionalen Schulentwicklung mitberücksichtigt. Wenn man sieht, dass auch noch in Langensteinbach und in Malsch Gemeinschaftsschulen bestehen, die auch noch in zumutbarer Entfernung liegen, dann ist es für alle diese acht Schulen eine wunderbare Entscheidung, dass die Schüler und Schülerinnen, die auf gymnasialem Niveau lernen, dann auch später an einer Gemeinschaftsschule das Abitur machen können.

Die Eltern sind sehr zufrieden mit der Gemeinschaftsschule. Die machen gute Arbeit. Die Lehrkräfte an der Gemeinschaftsschule, die gymnasialen Lehrkräfte, haben dann auch die Möglichkeit, an der Oberstufe zu unterrichten. Das heißt also, für sie ist es auch noch einmal eine besonders ideale Situation.

Schließlich, zum Schluss, es ist so, dass auch die gymnasiale Oberstufe ein wichtiges Angebot für die Stadt Karlsruhe ist. Die Stadt Karlsruhe profitiert davon, wenn wir alle Schularten mit allen Möglichkeiten anbieten. Dazu gehört auch eine Gemeinschaftsschule mit einer Oberstufe.

Stadtrat Hofmann (CDU): Meiner Ansicht nach geht es nicht um Recht und Vertrauen, Frau Rastätter, sondern bei Bildung geht es auch um sinnvoll und zielführend. Das ist für mich viel

wichtiger. Warum muss jemand an einer Schule, an der er dann als weiterführende Schule eingeschult wurde, seinen Abschluss machen? Einmal sagen Sie es so, aber andererseits sollen die aus Malsch oder aus Eggenstein dann auf diese Schule wechseln. Da geht es nicht um Recht und Vertrauen. Sie wissen es selbst. Es geht einfach um die Ideologie. Die Schule muss weiter gestärkt werden. Die Anmeldezahlen sind weiter am Sinken. Davon verspricht man sich jetzt, dass die Anmeldezahlen entsprechend wieder steigen. Das ist so. Man muss es anerkennen oder man muss es einfach nicht so wollen. Das ist der Punkt.

Ich will gar nicht anfangen, über den Sinn oder die Einführung einer Gemeinschaftsschule zu reden. Die Schulart hat sich auf eine gewisse Art und Weise bewährt. Es geht um die Einführung einer gymnasialen Oberstufe, die mit Sicherheit irgendwo sinnvoll sein kann, aber nicht muss. Viel wichtiger ist es, dass die gymnasiale Oberstufe durchaus auch jetzt schon mit unserer Durchlässigkeit, mit dem Schulsystem, das es bisher gibt, für jeden erreichbar ist. Es ist nicht mehr so, wie vor 40 oder 50 Jahren, dass dies nicht machbar war. Wir haben ein Schulsystem, in dem es jedem ermöglicht wird, bereits jetzt ein Abitur zu machen. Ich glaube, das muss man auch bei so etwas berücksichtigen. Wir haben gerade auch ganz andere Probleme. Wenn uns Corona nicht gezeigt hat, dass wir Probleme im Bildungssystem haben, dann liegt es sicherlich nicht daran, dass wir jetzt eine gymnasiale Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule einführen müssen.

Zu den Zahlen. Sie haben gesagt, es sind belastbare Zahlen. Die sind es nicht. Es wurde einfach alles zusammengezählt, von Malsch bis Eggenstein, bis Realschulniveau, nur um auf diese Zahlen zu kommen. Die bisherigen gymnasialen Oberstufen in Konstanz haben nur 50 Schüler gehabt bei der Einschulung. In Tübingen waren es nur 35. Die 60 wurden nicht erreicht. Ich habe Ihnen angeboten zu sagen, wir stimmen dieser Einführung zu, dass wir aber, wenn wir die 60 nicht erreichen, sie auch nicht einführen. Dies wird aber nicht so sein. Leider wird es nicht so sein. Das Problem ist einfach, dass Sie durchaus jetzt mit dieser gymnasialen Oberstufe versuchen, das weiter zu stärken. Ich glaube, wir sind hier völlig auf dem falschen Weg. Es geht nicht darum, jedem zu ermöglichen, ein Abitur zu machen. Irgendwo müssen wir auch versuchen, den Schülern zu ermöglichen, ihren Weg jeweils zu finden, und zwar ihren individuellen Weg zu finden. Ich kann im Sport auch nicht jeden zum Weltmeister machen. Das funktioniert nicht. Ich gebe jedem seinen Weg, wie er den braucht. Das ist mit dem bisherigen Schulsystem auch entsprechend machbar. Deswegen brauchen wir dies nicht.

Stadträtin Uysal (SPD): Auch wir freuen uns heute, dass dieser Antrag auf Einrichtung der gymnasialen Oberstufe an der Drais-Gemeinschaftsschule vor uns liegt. Wir freuen uns deshalb, weil dieser Antrag genau dem Konzept der Gemeinschaftsschule gerecht wird, nämlich, für alle Schüler und Schülerinnen alle Schulabschlüsse anzubieten.

Lieber Herr Hofmann, ich wüsste nicht, wie man den Eltern und den Kindern, die an der Gemeinschaftsschule sind, vermitteln soll, wenn alle Kriterien erfüllt sind, zu sagen, wir richten doch nicht die gymnasiale Oberstufe ein, obwohl es im Schulgesetz steht. Diese Beschlussvorlage zeigt uns, dass die Kriterien erfüllt sind. Deshalb werden wir zustimmen, dass die gymnasiale Oberstufe endlich auch bei uns vor Ort eingerichtet wird. Wir finden es etwas schade, dass die einzelnen Schulleitungen gegeneinander ausgespielt werden. Wir wissen, dass wir berufliche Gymnasien haben, die leisten eine tolle Arbeit, die machen vor Ort eine tolle Arbeit. Aber genauso ist es wichtig, dass wir eine gymnasiale Oberstufe hier vor Ort haben. Denn das wird dem Elternwunsch, dem Schülerwunsch, aber auch den Lehrern, die normalerweise Gymnasiallehrer

sind, gerecht. Das wollen wir. Wir freuen uns, dass wir vor Ort ein breites und ein vielfältiges Angebot haben werden. Denn das ist auch ein Beweis, dass die Schullandschaft lebt und auch vielfältig ist.

Deshalb: Die Kriterien liegen vor. Es gibt keinen Grund, dagegen zu sein. Volle Zustimmung!

Stadtrat Jooß (FDP): Heute, und nicht nur heute, will der Großteil der Eltern für ihre Kinder das Abitur, um die Berufschancen für ihre Kinder zu verbessern. Das ist zu unterstützen und zu akzeptieren. Dass der Weg aber über die Gemeinschaftsschule gehen muss, sehen wir sehr kritisch. Die Anmeldezahlen machen das sehr deutlich. Zu Bedenken gibt uns, dass man so viele Schulen zusammentrommeln muss, um die geforderten Schülerzahlen zu erreichen. Das spricht nicht gerade für eine große und klare Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir haben jetzt schon ein sehr differenziertes und durchlässiges Schulsystem, das jedem die Chance bietet, sich weiterzubilden und aufzusteigen. Es geht niemand verloren, auch ohne Abi. Es gibt viele Berufe, zum Beispiel Handel, Handwerk und Gewerbe, wo zwingend kein Abi erforderlich ist. Wir brauchen keine Abi-Wahn.

Weil wir aber die Arbeit der Drais-Schule anerkennen und nicht zerstören wollen, stimmen wir heute trotz Bedenken der Vorlage zu.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich verdiene meine Brötchen seit über 25 Jahren mit Prognosen. Aus meiner Sicht sind die vorgelegten Prognosezahlen von den 98 Schülern als Potential für eine gymnasiale Oberstufe an der Drais-Schule viel zu optimistisch, ja geradezu an den Haaren herbeigezogen. Dies fängt bei den Annahmen zu Übergängen in die Oberstufe aus den Gemeinschaftsschulen selbst an. Hier werden je nach Lernniveau bis zu 95 % angesetzt, und wird auch bei Wechsel von bestehenden zum Teil auch weiter entfernt gelegenen Realschulen an die Oberstufe der Gemeinschaftsschule fortgeführt. Das ist völlig unrealistisch. Glauben Sie etwa im Ernst, dass auch nur ein Realschüler aus Neureut, der das Zeug für das Gymnasium hat, nach der 10. Klasse statt auf den Gymnasiumszweig des Neureuter Schulzentrums zu wechseln, künftig auf die Gemeinschaftsschule in Mühlburg geht?

Dass die Prognosen völlig überholt sind, zeigt auch ein Blick in andere Städte. Der Kollege Hofmann hat Tübingen genannt, 38 Anmeldungen. Die Prognose dort waren 70 Schüler für die Oberstufe an der Gemeinschaftsschule. In Konstanz war es nicht viel anders. In dem hier öfters in früheren Diskussionen genannten Wutöschingen sind es lediglich 45 Anmeldungen. Dort gibt es die Gemeinschaftsschule überhaupt nur deshalb, weil man der Gemeinde gedroht hat, die Werkrealschule zuzumachen, wenn aus der keine Gemeinschaftsschule wird. Der prognostizierte Trend für Karlsruhe für künftige Jahre zeigt klar nach unten.

Meine Damen und Herren, die gymnasiale Oberstufe an Gemeinschaftsschulen ist ein totes Pferd, von dem man absteigen sollte, statt partout zu versuchen, es zu reiten.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Der entscheidende Satz für mich bei dem Wortbeitrag des CDU-Vertreters, Herrn Hofmann, war: Nicht allen soll man das Abitur ermöglichen. Das ist eine Ideologie, die tragen wir nicht mit. Von daher ist es für uns klar, es gibt auch keinen Abi-Wahn, wie es die FDP postuliert. Wir sind froh, dass es die Gemeinschaftsschule gibt. Wir sind froh, dass es jetzt die gymnasiale Oberstufe gibt, mit der Möglichkeit, dort das Abitur zu machen. Von daher werden wir selbstverständlich dieser guten Vorlage heute zustimmen.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich muss auch sagen, ich bin froh, dass es heute diese Vorlage gibt, und dass wir endlich dieses Projekt auf den Weg bringen können. Ich möchte es deutlich sagen, eine gute Allgemeinbildung kann doch keinem Menschen schaden. Eine gute Allgemeinbildung ist die beste Voraussetzung für jede Art von weiterer Ausbildung und Beruf. Herr Jooß, ich freue mich deshalb, dass Sie und die FDP umgedacht haben, dass Sie tatsächlich dem Projekt eine Chance geben. Ich habe nämlich manchmal das Gefühl, diese Gemeinschaftsschule soll einfach nur schlecht geredet werden, weil sie nicht ins Bild passt. Es passt nicht ins System. Ein System, das absolut leistungsbezogen, bereits in der Schule Kinder heranzieht, um sie nachher bestmöglich in dieser Verwertungsgesellschaft gebrauchen zu können. Ich finde, Schule soll das Lernen zum Leben ermöglichen. Da ist die Gemeinschaftsschule ein hervorragendes Modell. Ich kann Sie alle nur noch einmal bitten, schauen Sie sich an, wie Kinder in dieser Schule dazu ermuntert werden, selber aktiv zu werden, selber etwas in die Hand zu nehmen, sich selber etwas zu erarbeiten. All das sind Dinge, die braucht man nachher im Leben. Deshalb geht es nicht darum, Kindern ein Abitur aufzunötigen. Ich behaupte, gerade in diesen Gemeinschaftsschulen wird es einem Kind selber klar, ob es ein Abitur haben möchte, denn das ist die Voraussetzung, dass es auch funktionieren kann. Allein der Elternwille ist nicht das Entscheidende, sondern das, was das Kind will. Wenn das Kind im Laufe dieser Schule merkt, ich arbeite lieber mit den Händen, dann ist das doch eine wunderbare Ausgangsbasis, um den richtigen Beruf zu finden. Deshalb setzen wir auf ein Schulmodell, das nicht nach dem Prinzip arbeitet, Auslesen, Aussortieren und das möglichst rasch, sondern tatsächlich die Kinder mitnimmt, so lange es geht, gemeinsam mit unterschiedlichen Qualitäten, mit unterschiedlichen Leistungsniveaus. Denn da lernen Kinder gegenseitig voneinander. Das darf man nie unterschätzen. Deshalb, vielen Dank für die Vorlage. Wir stimmen selbstverständlich zu.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Ob wir einheitlich diesem Vorschlag zustimmen, kann ich im Augenblick nicht sagen. Denn auch in unserer Gruppierung sind wir zweigeteilt. Ich persönlich werde dem Vorschlag zustimmen, auch wenn ich glaube, dass das Gesamtschulkonzept nicht mehr so bei den Bürgern und Schülern zieht, wie es einmal war. Dieses ganze System ist meiner Erfahrung nach und das, was ich von den Eltern und Schülern höre, auch nicht wesentlich besser, als es in der Vergangenheit war. Aber wir wollen uns der Vorlage – wir werden sehen, wie wir nachher abstimmen – nicht im Ganzen verschließen. Ich sehe auch eine Chance. Aber letztendlich ist es nicht so gut, wie die Befürworter sagen. Es ist auch nicht so schlecht, wie die Gegner es sehen. Es ist eine Entwicklung, der man eine gewisse Chance geben sollte, die wir auch mit unserem Abstimmungsverhalten verdeutlichen werden.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Lieber Kollege Hofmann, wir haben uns vor einem Monat von Ihnen anhören dürfen, dass wir landespolitische und bundespolitische Themen nicht in diesem Gremium besprechen sollten. Jetzt haben wir uns gerade drei Minuten lang diese Herablassung über die Gemeinschaftsschule von Ihnen anhören müssen, die schlicht und ergreifend landespolitischer Wahlkampf ist, den Sie für Ihre Kultusministerin im Endeffekt nach vorne ziehen. Es macht mich persönlich wirklich wütend, weil Sie damit die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern, die sich in diesem Bildungssystem, das Sie gerade so nach oben durchlässig benannt haben, nach oben gearbeitet haben, mit Füßen treten, mit dieser Herablassung. Das ist etwas, was ich ganz schwer ertragen kann, und von dem ich auch hoffe, dass die Öffentlichkeit das mitbekommen hat, wie Sie über diese Menschen denken. Das haben wir im Schulbeirat schon gehört, dass es eine Herabwürdigung des Abiturs sein soll, wenn Schülerin-

nen und Schüler an einer Gemeinschaftsschule diesen Bildungsabschluss erlangen. Das, glaube ich, sagt schon alles aus darüber, wie Sie dieses System sehen.

Wenn Sie einmal anschauen, was an Gemeinschaftsschulen läuft an moderner Pädagogik, die Differenzierung erlaubt, die die Schülerinnen und Schüler mit ihren Begabungen da abholt, wo sie stehen, dann kommen Sie gerne einmal an ein klassisches Gymnasium, dann kommen Sie gerne einmal an eine Realschule. Da werden Sie genauso Lehrerinnen und Lehrer erleben, die diese gabengerechte Förderung hinbekommen in ihrem Unterricht. Aber nicht, weil diese Schularten das vorsehen, sondern obwohl diese Schularten das nicht vorsehen, bekommen diese engagierten Lehrerinnen und Lehrer das hin. Die Gemeinschaftsschule macht das von Systemwegen. Und das in dieser Form hier so abzuwatschen, damit haben Sie sich selbst für Ihre Partei und für die Art und Weise, wie Sie unser Bildungssystem anschauen, einen Offenbarungseid geleistet. Da muss man eigentlich nichts weiter dazu sagen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Vielleicht müssen wir alle noch einmal meinen Wortbeitrag anhören. Ich habe es anders gesagt, Herr Kollege Cramer. Ich habe nicht gesagt, dass jemand kein Abitur machen soll. Das habe ich nicht gesagt. Jeder kann ein Abitur machen. Aber er muss es nicht machen. Das habe ich gesagt. Es war auch in keinsten Weise herablassend, Herr Kollege Bauer. Unsere Gemeinschaftsschulen, das habe ich immer gesagt, machen eine sehr gute Arbeit. Ich habe gesagt, sie haben auch eine Berechtigung. Es gibt viele Eltern und Schüler, die diese Schulart wollen. Das ist mir schon klar. Es geht mir darum, ob wir eine gymnasiale Oberstufe einführen wollen. Daraus jetzt ein landespolitisches Thema zu machen, das hat damit nichts zu tun. Wir machen dies hier. Im Übrigen ist unsere Kultusministerin nicht gegen diese Gemeinschaftsschulen. Zumindest war mir das bisher nicht bekannt. Das tut mir leid. Was diese Polemik, die Sie gerade äußerten – eigentlich habe ich Sie bisher geschätzt –, sollte, da habe ich überhaupt kein Verständnis. Es war weder herablassend, es war auch überhaupt nicht abgewatscht. Die Gemeinschaftsschulen machen eine gute Arbeit. Es geht darum, ob wir hier eine gymnasiale Oberstufe brauchen. Da bin ich weiter der Meinung, dass wir das nicht unbedingt brauchen. Ich glaube, wir haben andere Probleme. Es geht darum, ob wir nicht andere Schularten haben, die es genauso abdecken können, und – wie es der eine oder andere vorhin gesagt hat – ob die Zahlen, die hier angenommen werden, auch wirklich der Realität entsprechen.

Ich biete noch einmal an, wir stimmen mit, wenn diese 60 erreicht werden, dann führen wir sie ein. Wenn sie nicht erreicht werden, dann führen wir sie nicht ein. Das machen Sie nicht. Deswegen seien Sie wenigstens ehrlich und gehen Sie nicht in einen Gegenangriff über und beschimpfen mich. Denn ich habe nichts Negatives über Gemeinschaftsschulen, über die Schüler gesagt. Ich finde es hervorragend, wie die das machen. Ich habe auch betont, dass jeder nach seinen Bedingungen und nach seinen Voraussetzungen lernen soll. Das lasse ich mir nicht nachsagen in diesem Bereich. Versuchen Sie einmal, die Realitäten anzusehen. Bisher hat es noch keine einzige Oberstufe geschafft, die geforderte Zahl zu erreichen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich bin schon entsetzt, wie hier mit einer anderen Meinung umgegangen wird, wie Sie hier jemandem, der eine andere Meinung vertritt, Dinge unterstellen, die er wirklich nicht gesagt hat. Wenn Sie so mit Ihren Schülern umgehen, Herr Bauer, dann frage ich mich, was die dazu zu sagen haben. Sie haben wirklich Dinge gesagt, die er nicht gesagt hat. Überhaupt hat das, was von Links-Grün kam, wenig mit der Realität zu tun. Wir sind in Deutschland stolz auf unser einzigartig transparentes Schulsystem. Es gibt in Deutschland fast 50 verschiedene Möglichkeiten, zur Hochschulreife zu kommen. Da sind wir einzigartig und führend in

der Welt. Da muss man nicht so tun, als ob Schüler auf derselben Art Schule vom Anfang bis zum Abitur bleiben müssen. Gerade das ist bei uns schon lange nicht mehr so. Deswegen sind wir so erfolgreich. Marc Bernhard zum Beispiel, mein Kollege, der jetzt im Bundestag ist, hat in der Hauptschule angefangen, war auf der Realschule und später auf dem Gymnasium, hat Abitur gemacht und hat danach studiert. Das ist keine Ausnahme. Deswegen ist es bei uns nicht nötig, dass man auf derselben Schulart bleibt. Deswegen ist die Frage, ob man in einer Umgebung, wo es bereits Gymnasien gibt mit gymnasialer Oberstufe, wirklich an dieser Schule auch noch eine gymnasiale Oberstufe braucht, durchaus berechtigt.

Denn am Ende sollen die Schüler dasselbe zentral vergebene Abitur schreiben, auf das wir in Baden-Württemberg so stolz sind. Da bin ich gespannt, was dabei herauskommt, wenn wirklich so korrigiert wird, wie alle anderen Schüler auch korrigiert werden. Wenn Sie das jetzt einführen, dann ist es ein interessanter Versuch. Ich bin gespannt, was in vier Jahren darüber zu berichten ist, wie die Ergebnisse sind. Denn das muss klar sein, es darf beim Abitur kein Messen mit zweierlei Maß geben. Denn sonst ist es kein echtes Abitur mehr. Dann hätten Sie dieser Schule wirklich einen schlechten Dienst getan, wenn man dort ein Abitur zweiter Klasse erwerben könnte.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal auf folgendes hinweisen: Es gibt keine Verpflichtung von Eltern und Schülern, eine gymnasiale Oberstufe auf einer Gemeinschaftsschule zu machen, sondern es ist eine freie Entscheidung. Ich habe hier schon ganz viele Beiträge gehört, dass wir allen Eltern auch einen Hortplatz zur Verfügung stellen können, obwohl es darauf keinen Rechtsanspruch gibt und der Hort auch nicht als Standardmodell in irgendeinem Gesetz steht. An dieser Stelle scheint das aber etwas anders gesehen zu werden.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das Abitur dasselbe ist, das an allen anderen Gymnasien auch gemacht wird. Auch da gibt es nichts, was man nicht aushalten und abwarten könnte.

Ich möchte abschließend darauf hinweisen, dass auf der Beschlussvorlage „Antrag“ steht. Wenn es also Zweifel an den Zahlenerhebungen gibt, dann hängt das am Ende von der Landesregierung oder vom Kultusministerium ab, ob wir diesen Antrag genehmigt bekommen oder nicht. Von daher gibt es noch ganz viele andere Expertinnen und Experten, die sich mit diesen Zahlen beschäftigen.

Ich möchte mich ausdrücklich auch für diese Konsensfindung bedanken, die jetzt zu diesem Vorschlag führt hat - es gab durchaus konkurrierende Standorte -, und auch die Konsensfindung, die es auf anderen Ebenen gegeben hat mit Eltern, mit vielen anderen Beteiligten.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Das sind 33 Zustimmungen, der Rest ist Ablehnung. Das ist eine deutliche Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

22. Juli 2020